

## Herausforderung Migrationsströme: Welche Arten der Zusammenarbeit sind möglich?

Autor : Catherine Wihtol de Wenden



Europa.  
[Fortsetzung](#)

Ende des Jahres 2014 haben wir erneut ein Drama der Einwanderungspolitik mitverfolgen müssen: Bilder der verlassenen Boote von Schleusern, die diejenigen, die nach Europa kommen wollen, rücksichtslos ausbeuten. Und das, obwohl sie oft nur vor Gewalt und Verfolgung im eigenen Land flüchten. Um auf die Tragweite solcher Ereignisse aufmerksam zu machen veröffentlicht die Stiftung eine Studie von Catherine Wihtol de Wenden über die Herausforderungen in Europa angesichts der Flüchtlingsströme – denn Europa ist der bedeutendste Einwanderungskontinent der Welt. Den 2013 erhobenen Statistiken der Abteilung für Bevölkerungsentwicklung der Vereinten Nationen zufolge befinden sich von den weltweit 232 Millionen Migranten allein 72 Millionen in

### Übersicht

**Wahlen** : Italien **Stiftung** : Deutsch-französisch **Finanzkrise** : Weitgefasstere Auslegung/Regeln - Wachstum **Kampf/Terrorismus** : Deutschland - Belgien - Spanien - Frankreich **Kommission** : Investitionen - Gesundheit **Parlament** : GVO - Russland/Ukraine - Russland - Italien - Lettland - Rat/Tusk **Diplomatie** : Rat - Iran **Gerichtshof** : Ankäufe/Schulden **Deutschland** : Ausgeglichen/Haushalt - Wachstum **Spanien** : Arbeit **Frankreich** : Verteidigung - Irak **Griechenland** : Unterstützung/Spainien - Wahlen **Italien** : Rücktritt/Präsident **Luxemburg** : Amazon **Großbritannien** : USA **Ukraine** : Mobilmachung - Interpol **Schweiz** : Bank **Europarat** : Türkei **NATO** : Deutschland **Eurostat** : Inflation - Handel **Eurobarometer** : Entwicklung **Berichte/Studien** : Arbeit - Transatlantisch **Kultur** : Mozart/Salzburg - Kunst/Brüssel - Museum/Paris - Hauptstädte EU

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

### Wahlen :

#### Präsidentschaftswahlen in Italien



Nach dem Rücktritt des italienischen Präsidenten am 14. Januar bleiben der Regierung nun zwei Wochen, um Neuwahlen zu organisieren. Die 3 ersten Wahlgänge werden am 29. Januar stattfinden. Während der Übergangsphase wird Senatspräsident Pietro Gasso als Interims-Präsident fungieren. Der Präsident der Republik Italien wird für 7 Jahre in geheimer Wahl von einem Kollegium aus 630 Mitgliedern der

Abgeordnetenversammlung, 315 Senatoren, 7 Senatoren auf Lebenszeit und 58 Repräsentanten der 20 Regionen des Landes (3 pro Region mit Ausnahme von Val d'Aoste, das nur einen entsendet) gewählt. Das sind insgesamt 1010 Wähler. Während der 3 ersten Wahlgänge muss ein Kandidat mindestens 2/3 und somit 674 Stimmen erhalten, um gewählt zu werden. Ab dem 4. Wahlgang genügt eine einfache Mehrheit (505 Stimmen)... [Fortsetzung](#)

## Stiftung :

### Die Deutsch-Französische Partnerschaft und Europa 2015



Am 20. Januar organisiert das Heinrich Heine Haus in Paris eine Debatte zur Rolle der deutsch-französischen Partnerschaft in Europa im Jahr 2015. Der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, wird gemeinsam mit Guy Maugis, dem Präsidenten von Robert Bosch (Frankreich), an der Diskussion teilnehmen. Zu den eingeladenen Podiumsgästen gehören außerdem Klaus M. Nutzenberger, der Leiter des Europabüros des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, sowie Christian Schubert, der Wirtschaftskorrespondent der FAZ in Paris. Die von Henri Ménudier, einem Ehrendoktor (Paris III), moderierte Debatte wird Gelegenheit bieten auf diejenigen Fragen einzugehen, die Deutschland und Frankreich – trotz einer scheinbaren Eintracht in den Beziehungen zwischen beiden Staaten – spalten... [Fortsetzung](#)

## Finanzkrise :

### Kommission entschärft Interpretation der Haushaltsregeln



Die Europäische Kommission hat am 13. Januar neue Empfehlungen veröffentlicht, um eine weichere Auslegung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu fördern. Sie erklärte, dass die direkten Beiträge der Mitgliedstaaten des europäischen Plans für strategisches Investment (EFSI) nun nicht mehr mit den Haushaltsausgaben verrechnet werden müssen. Dies sei der Fall für alle Mitgliedstaaten – egal, ob sie nun an den präventiven oder korrektiven Maßnahmen des Paktes Anteil haben oder nicht. Die Staaten, die keiner Prozedur des "Exzessiven Defizits" unterliegen, könnten sich ebenfalls vorübergehend von ihrem mittelfristigen Haushaltsziel entfernen, um Investitionen (auch außerhalb des EFSI) umzusetzen. Voraussetzung für diesen Schritt seien folgende Bedingungen: Erstens müsse das Wachstum der betroffenen Staaten negativ sein oder das BIP müsse weit unter dem erwarteten Wert bleiben. Zweitens dürfen keine Maßnahmen ergriffen werden, die zu einem Überschreiten der Defizitgrenze und Sicherheitsmarge von 3% führen. Schließlich müssen die Investitionsniveaus in der Konsequenz angehoben werden. Die zulässigen Ausgaben für die Klausel könnten nach Aussage der Kommission nationale Ausgaben für von der EU ko-finanzierte Projekte im Rahmen einer Politik von Struktur und Kohäsion darstellen. Außerdem könne man sie als Investitionen in transeuropäische Netzwerke und Verbindungen in Europa sowie als Ko-Finanzierung des Projekts mit dem EFSI darstellen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Dynamik des Weltwirtschaftswachstums könnte sich stabilisieren



Einem von der OECD am 12. Januar veröffentlichten Bericht zufolge muss sich das Wachstum der Weltwirtschaft dringend stabilisieren. Die wichtigen europäischen Volkswirtschaften, darunter Deutschland, Italien und Großbritannien – drohen der Studie zufolge an Elan zu verlieren. Auch die russische Wirtschaft werde möglicherweise weiter schrumpfen. Die Situation in Japan und Indien könnte sich hingegen verbessern. In den USA, Kanada und China werde sie gleich bleiben. In Frankreich, Brasilien und der Eurozone insgesamt könne es schließlich ebenfalls eine stabile Wachstumsdynamik geben, auch wenn sich diese auf einem grundsätzlich relativ niedrigen Niveau bewege... [Fortsetzung](#)

## Kampf/Terrorismus :

### Die Demokratie ist stärker als der Terrorismus



Am 15. Januar hat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Deutschen Bundestag gesprochen. In ihrer Rede verurteilte sie die terroristischen Anschläge von Paris und rief die Abgeordneten sowie die Gemeinschaft der europäischen Bürger dazu auf, angesichts der terroristischen Bedrohung Schulter an Schulter zu stehen. Die Kanzlerin ging außerdem auf den ideologischen Aspekt der Attentate ein: Es handle sich um einen Angriff auf das westliche Modell der Zivilisation, in deren Mitte – neben anderen fundamentalen Rechten – die Meinungsfreiheit stehe. In Deutschland sei diesem Recht der Artikel 5 des Grundgesetzes gewidmet. Frau Merkel erklärte außerdem, dass die Demokratie stärker als der Terrorismus sei – deshalb müsse man gemeinsam gegen ihn kämpfen. Die Kanzlerin führte darauf hin eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus aus. Die Schritte erlauben es, potenzielle Dschihadisten daran zu hindern, nach Syrien auszureisen oder sie beim Wiederbetreten deutschen Bodens festzunehmen... [Fortsetzung](#)

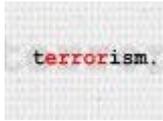
[Andere Links](#)

## Anti-Terror-Großeinsatz: Regierung kündigt 12 Maßnahmen an



Die belgische Polizei hat am 15. Januar in Verviers und der Region um Brüssel einen Anti-Terror-Großeinsatz durchgeführt. "In der vergangenen Woche war das Risiko [für ein Attentat] so groß wie nie zuvor", erklärte der Staatsanwalt Eric Van Der Sypt. Das Gebäude der Polizei in Brüssel und der Justizpalast seien die wichtigsten Anschlagziele gewesen. Insgesamt seien dutzende Hausdurchsuchungen in Belgien durchgeführt worden. Das Land befindet sich noch immer auf Gefahrenstufe 3; die Regierung hat am 16. Januar 12 Maßnahmen gegen den Terrorismus vorgestellt, die Mitte Februar in Kraft treten könnten. Sie will den Informationsaustausch fördern und effizienter gegen Radikalisierungsprozesse im Gefängnis vorgehen. Die Einführung eines neuen Straftatbestands in Verbindung mit der Ausreise in terroristische Gebiete und die Ausweitung der Möglichkeiten des Entzugs der Nationalität wurden ebenfalls erwähnt... [Fortsetzung](#)

## Spanien verstärkt Anti-Terror-Gesetzgebung nach Anschlägen von Paris



Am 13. Januar sind die spanische Regierung und die Opposition vor dem Hintergrund der Attentate von Paris darin übereingekommen, die Maßnahmen gegen dschihadistischen Terror zu verstärken. "Wir haben uns darauf verständigt aus dringendem Anlass gemeinsam einen Gesetzesvorschlag auf den Weg zu bringen, der explizit offen für die Vorschläge andere parlamentarische Gruppen ist", erklärte der Innenminister auf einer Pressekonferenz. Mehrere Änderungen sind bereits klar – sie zielen vor allem auf Gefängnisstrafen für Personen ab, die sich auf einem "von terroristischen Gruppen kontrollierten Gebiet" aufhalten, sich einer dieser Gruppen anschließen oder ihren Willen ausdrücken mit einer solche Gruppe "zusammenzuarbeiten". Der Text sieht darüber hinaus spezifische Gefängnisstrafen für Personen vor, die – auch im Internet – die eigenständige Anfertigung von Waffen und Sprengstoff im Kontakt mit einer Terroristengruppe verfolgen. Die Strafverfolger müssen somit nicht länger die Intention nachweisen, ein Attentat begehen zu wollen. Der Innenminister wiederholte seine Unterstützung für die Schaffung einer Plattform zur Sammlung der Daten von Flugzeuggpassagieren (PNR)... [Fortsetzung](#)

## Auf die Terrorattentate antworten und die Sicherheit wiederherstellen



Am 13. Januar hat der französische Premierminister Manuel Valls die 17 Opfer der Attentate des 7., 8. und 9. Januars vor der Assemblée Nationale gewürdigt und die von der Regierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen ausgeführt, um die Sicherheit der Franzosen zu gewährleisten und gegen den Terrorismus vorzugehen. Valls erklärte: "Frankreich befindet sich im Krieg mit dem Terror, dem Dschihadismus und dem radikalen Islam. Es befindet sich nicht im Krieg mit einer Religion." Eine außergewöhnliche Situation erfordere besondere Maßnahmen. "Aber ich sage es genauso ausdrücklich: Niemals fallen darunter Maßnahmen, welche die Prinzipien unseres Rechts und unserer Normen in Frage stellen", so der Premierminister... [Fortsetzung](#)

## Kommission :

### Kommission veröffentlicht Einzelheiten des Investitionsplans von 315 Milliarden €



Die Europäische Kommission hat am 13. Januar ein Projekt zur Schaffung eines neuen Fonds für strategisches Investment (EFSI) auf den Weg gebracht. Der Fond stellt das wichtigste Instrument des Juncker-Plans dar, der darauf abzielt, in den nächsten drei Jahren 315 Milliarden € an Investitionen in die europäische Wirtschaft zu fördern. Wie Vizepräsident Jyrki Katainen während der Präsentation darstellte sei im Text die Schaffung eines Führungsausschusses vorgesehen, das die allgemeine Ausrichtung des Projekts, das Risikoprofil, die Strategie und Allokation des Fonds berate. Außerdem werde es ein Investitionsausschuss geben, das die Realisierbarkeit eines jeden Projekts überprüfen werde. Darüber hinaus sieht der Text eine europäische Plattform für die Beratung über Ausgaben durch innovative Finanzierungsmittel wie Public-Private-Partnerships vor und schafft "einen europäischen Pool an transparenten Projekten", der Investoren über existierende und zukünftige Projekte informieren soll. Der Plan muss noch vom Europäischen Parlament und dem Rat verabschiedet werden, damit der EFSI ab Juni 2015 in Aktion treten kann... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### 215 Millionen Euro für Ebola-Forschung

Die Europäische Kommission hat am 16. Januar die Finanzierung von acht Forschungsprojekten bekannt gegeben, die dem Kampf gegen Ebola gewidmet sind. Die Projekte bestehen zum einen aus der



Erforschung von Impfstoffen gegen Ebola (3 Projekte) und zum anderen aus der Ausarbeitung schneller diagnostischer Tests (3 Projekte). Es ist momentan noch immer schwierig das Ebola-Virus festzustellen. Die Entwicklung der Tests könnte hingegen dazu führen eine Ansteckung in weniger als 15 Minuten festzustellen. Die beiden letzten Projekte werden der Produktion des Impfstoffs sowie der Finanzierung der Mittel zur Gewährleistung der Einhaltung der Dosierung ausgegeben. Die Forschungsprogramme stammen aus dem Programm Ebola+ der Initiative für Innovative Medikamente (IMI). Sie werden von der EU-Kommission mit 114 Millionen € im Rahmen des 2020-Horizonts gefördert. Der Rest der Zahlung, also 101 Millionen €, werden von den am Projekt beteiligten Pharmakonzernen verwendet... [Fortsetzung](#)

#### Parlament :

##### EU-Parlament nimmt Gesetzesentwurf zum Verbot von GVOs durch Mitgliedstaaten an



Das europäische Parlament hat am 13. Januar einen neuen Gesetz verabschiedet, das die Mitgliedstaaten der EU dazu befugt, gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) auf ihrem Staatsgebiet zu verbieten – und zwar auch im Falle einer zuvor erfolgten Freigabe durch die EU. Die Änderungen erlauben es den Mitgliedstaaten GVOs aus umweltpolitischen Erwägungen und gesundheitlichen Bedenken zu verbieten, die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) geäußert wurden. Die Auflagen sehen außerdem eine Diskussionsphase mit den Produzenten von GVOs vor, in denen ein Mitgliedstaat ein unilaterales Verbot im Falle eines Dissens aussprechen kann. Der Text, der Gegenstand einer Einigung mit dem Rat im Dezember 2014 gewesen war, wurde mit 480 Ja-Stimmen, gegen 159 Nein-Stimmen und 58 Enthaltungen angenommen. Das neue Gesetz tritt im Sommer 2015 in Kraft... [Fortsetzung](#)

##### Beschluss zur Situation in der Ukraine sowie zu Sanktionen gegen Russland



Am 15. Januar hat das Europäische Parlament der ukrainischen Regierung erneut seine Unterstützung gegen die russischen Offensiven im Osten des Landes ausgesprochen. Die Sanktionen gegenüber Russland werde man solange aufrechterhalten bis das Land seine aggressive Politik in der Ukraine (Verletzung der Waffenruhe und militärische Unterstützung der Separatisten) beende. Das Parlament verurteilte die "terroristischen Akte und kriminellen Aktivitäten der Separatisten und die irregulären Streitkräfte im Osten der Ukraine". Man erwarte von der EU nun einen Plan, um gegen den "Informationskrieg" Russlands vorzugehen und der humanitären Situation in der Ukraine entgegenzutreten. Die Abgeordneten bekräftigten außerdem ihre Unterstützung einer Nichtanerkennung der Annexion der Krim durch Russland, die sie als "illegal" bezeichneten. Schließlich forderten sie den Rat dazu auf, die Sanktionen auszuweiten sollte Russland weitere Maßnahmen zur Destabilisierung in der Ukraine auf den Weg bringen... [Fortsetzung](#)

##### Beschluss zur Menschenrechtssituation in Russland



Das Europäische Parlament hat am 15. Januar einen Beschluss zu Russland und insbesondere dem Fall Alexei Navalny verabschiedet. Der Beschluss betont, dass die Verurteilung und die angekündigte Strafe des Anwalts Alexei Navalny, der sich gegen Korruption engagiert, sowie diejenige seines Bruders Oleg Navalny auf "unklarer Beweislage" beruhen und "von politischen Motiven geleitet" seien. Die Abgeordneten forderten außerdem, dass die weiteren Prozesse in den Fällen Navalny frei von jeglicher "politischer Einflussnahme" seien und den international anerkannten Normen folgen müssen. Schließlich forderte das Plenum von der hohen Gesandten der EU, eine allgemeine Strategie für Russland auszuarbeiten, um "die Integrität und Souveränität der europäischen Staaten" zu gewährleisten und auf die Stärkung der demokratischen Prinzipien in Russland zu drängen... [Fortsetzung](#)

##### Bilanz der italienischen Ratspräsidentschaft



Matteo Renzi, Präsident des italienischen Rats, hat den europäischen Abgeordneten am 13. Januar die Bilanz der italienischen Ratspräsidentschaft präsentiert, die mit dem 31. Dezember geendet hatte. Der Regierungschef sprach über die Notwendigkeit für Europa "in den Erfolg zu investieren", um ans Ende der Krise und aus der Rezession zu

gelingen: "Es ist wichtig, dass wir gemeinsam darum kämpfen, diese Phase der Rezession und Austerität zu meistern". Im Hinblick auf Sicherheitsfragen, die sich nach den Terroranschlägen von Paris besonders stellten, erklärte Matteo Renzi: "Ohne Freiheit gibt es keine Sicherheit"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Sicherheit, Arbeit, Digitalwirtschaft: Lettland präsentiert die Prioritäten seiner Präsidentschaft



Laimdota Straujuma, die Premierministerin Lettlands und somit desjenigen Staats, der die Ratspräsidentschaft der EU in den nächsten 6 Monaten innehaben wird, präsentierte am 14. Januar vor den europäischen Abgeordneten ihr Arbeitsprogramm. Es agiert entlang dreier Teilaspekte: Erstens der Bereich Sicherheit, der nach den Attacken von Paris auf das dschihadistische Risiko abzielt, zweitens Arbeit und drittens die Digitalwirtschaft. Im Ressort Sicherheit betonte die lettische Premierministerin ihre Entschlossenheit die Diskussionen über Passagierdaten (PNR) voranzubringen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Erste Rede von Donald Tusk im Europäischen Parlament



Anlässlich der Debatte über die Ergebnisse der letzten Ratssitzung hat Donald Tusk, der seit dem vergangenen 1. Dezember im Amt ist, am 14. Januar seinen ersten Besuch im Europäischen Parlament angetreten. In seiner Rede erklärte er, hinter dem Juncker-Plan zu stehen und forderte das Parlament ebenfalls zur Unterstützung auf. Er ging außerdem auf die Bekämpfung von Steuerflucht im Kontext von Fragen nach "Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit" ein. Schließlich sprach er sich für den Erfolg eines Dossiers für Passagierdaten aus. Auch wenn es sich um ein "schwieriges und kontroverses" Thema handle – das momentane "Patchwork" aus 28 nationalen Systemen gefährde das Privatleben der EU-Bürger ohne ihre Sicherheit zu gewährleisten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

## Diplomatie :

### Rat für Auswärtige Angelegenheiten



Die 28 Außenminister sind am 19. Januar zusammengekommen, um die Koordination und den Austausch von Informationen mit dem Ziel eines effizienteren Vorgehens gegen den Terrorismus zu stärken. Sie forderten außerdem vom Parlament weitere Schritte hin zu einem Gesetz zur der Handhabung von Passagierdaten (PNR). Die Hohe Gesandte der EU, Federica Mogherini, unterzeichnete indes ein Abkommen mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, um die Zusammenarbeit der EU mit den arabischen Staaten zu verstärken. Der Rat hatte zuvor die Bedeutung der Beziehungen unterstrichen. Die Minister sprachen außerdem "ausführlich" über die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Der Situation in der Ukraine galt dabei ihre besondere Aufmerksamkeit. Sie erinnerten in diesem Kontext an die Notwendigkeit einer gemeinsamen und einheitlichen Strategie gegenüber dem Nachbarstaat. Der Rat verabschiedete schließlich einen Aktionsplan zum Klimawandel und legte die Ziele fest, welche die EU auf dem Klima-Gipfel von Paris erreichen soll. Zuletzt begrüßten die Minister "das demokratische Engagement und den Sinn für Verantwortung des tunesischen Volkes, der politischen Klasse und der Zivilgesellschaft", nachdem die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Tunesien reibungslos verlaufen waren. Der Rat entschied außerdem, Berufung gegen die Entscheidung des EUGH einzulegen, die gegen die Hamas erhobenen Maßnahmen einzustellen, nachdem diese von der Liste terroristischer Organisationen genommen worden war. Nach dem Einspruch wurde die Aussetzung der Maßnahmen annulliert, bis eine endgültige Entscheidung durch den Gerichtshof getroffen worden ist...

[Fortsetzung](#)

### Treffen zwischen Federica Mogherini und iranischem Außenminister



Die Hohe Gesandte der EU, Federica Mogherini, hat am 15. Januar den iranischen Außenminister Mohammad Javad Zarif in Brüssel getroffen. Das iranische Nuklearprogramm, für das "Verhandlungen zum Erreichen von Ergebnissen in den vorgesehenen Zeiträumen angesetzt sind" stand im Mittelpunkt der Gespräche. Darüber hinaus wurden auch Themen wie Menschenrechte, die regionale Krise im Mittleren Osten sowie die Beziehungen zu den Staaten Syrien, Irak und Afghanistan angesprochen. Federica Mogherini forderte den Iran dazu auf, seinen Einfluss in der Region zu nutzen und an der Schaffung eines stabilen und inklusiven irakischen Staats mitzuwirken. Sie nahm das Treffen außerdem zum Anlass ihren eigenen Willen zu einer Partnerschaft mit dem Iran im Mittleren Osten zu bekräftigen... [Fortsetzung](#)

## Gerichtshof :

### OMT-Programm im Rahmen der Verträge möglich



Nachdem die einzige Anwendung eines Programms zum Kauf von Staatsanleihen durch die EZB 2012 genügt hatte, um die Schuldenkrise zunächst abzuwenden, haben die deutschen Richter des Verfassungsgerichts in Karlsruhe ein Vorabentscheidungsverfahren an den EUGH der EU in der Sache gerichtet. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Umsetzung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen das Mandat der EZB überschritten und ob das Instrument des "quantitative easing" nicht zu Lasten der Deutschen stattgefunden habe. Der Generalanwalt des EUGH bestätigte nun eine Vereinbarkeit des OMT-Programms mit den europäischen Verträgen unter der Bedingung, dass das Programm "mit der Zeit" umgesetzt werde, um eine Preisbildung auf dem Markt für Staatsanleihen sicherzustellen... [Fortsetzung](#)

## Deutschland :

### Deutschland schafft ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2014



Der deutsche Finanzminister hat am 13. Januar bekannt gegeben, dass Deutschland sein Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bereits 2014 – und damit ein Jahr früher als erwartet – erreichen werde. Grund hierfür seien die hohen Steuereinnahmen und das niedrige Zinsniveau. Darüber hinaus seien die Ausgaben der Länder niedriger als erwartet ausgefallen (eine Milliarde € weniger) und bewegen sich mit 295,5 Milliarden € auf dem niedrigsten Niveau seit 2009... [Fortsetzung](#)

### Deutsches Wachstum für 2014 höher als erwartet



Das Statistische Bundesamt hat am 15. Januar seine Daten zum deutschen Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 veröffentlicht. Den Zahlen zufolge weist Deutschland 2014 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,5% auf. Das Ergebnis stimmt mit dem grundsätzlichen Erwartungstrend überein – es stellt gegenüber dem von der Regierung erwarteten Wert von 1,2% jedoch eine Steigerung dar... [Fortsetzung](#)

## Spanien :

### Für einen fairen und effizienten spanischen Arbeitsmarkt



Anlässlich des Ministerrats am 16. Januar hat die spanische Regierung ihren Willen deutlich gemacht, dem eigenen Arbeitsmarkt neue Dynamik zu verleihen. Die Reduzierung der Dauer der Arbeitslosigkeit und die Verbesserung der Arbeitssuche sind die beiden wichtigsten verkündeten Maßnahmen. Die Ausgaben für politische Programme, die auf die Beschaffung von Arbeit abzielen, werden deshalb 2015 um 16,8% steigen. Die Vizepräsidentin der Regierung betonte ihr Ziel, Arbeit zur obersten Priorität zu machen, indem sie die nationale Dimension der Maßnahmen unterstrich: "Wir haben eine gemeinsame Rahmenordnung mit Instrumenten geschaffen, die nun von den unterschiedlichen Arbeitsagenturen auf regionalem Niveau umgesetzt werden müssen..." [Fortsetzung](#)

## Frankreich :

### François Hollande will Zeitraum für Personalabbau im Verteidigungssektor angesichts der Terrorbedrohung überarbeiten



Nach seinem Grußwort an die Streitkräfte am 14. Januar verkündete der französische Staatspräsident François Hollande eine geringere Senkung der Verteidigungsausgaben als erwartet. Grund hierfür sei die Bereitstellung ausreichender Mittel zur Bekämpfung der terroristischen Bedrohung. "Die Ausnahme-Situation, in der wir uns befinden, muss zu einer Anpassung des Rhythmus des Stellenabbaus in den nächsten drei Jahre im Rahmen des Gesetzes des Militärprogramms führen", so der Präsident. Darüber hinaus betonte er, dass sich Frankreich "im Krieg" mit dem Terrorismus befinde. Der Präsident hatte zuvor bereits von Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian gefordert, "ihm Vorschläge zu machen", um zu sehen wie man den Takt des Personalabbaus "überarbeiten und anpassen" und gleichzeitig "haushaltspolitische Verpflichtungen" berücksichtigen könne. Die letztlich ausgehandelten Ergebnisse werden anlässlich des Verteidigungsrats am 21. Januar bekannt gegeben. Die Erklärungen könnten im Anschluss zu einer Änderung des Gesetzes für das Militärprogramm führen, das vorsieht 7500 Stellen in den Jahren 2014 und 2015 und 34 000 vor 2019 abzubauen..

### Verlängerung des französischen Militäreinsatzes im Irak



durch die Streitkräfte im Irak und stimmte mit 327 Ja-Stimmen und 19 Enthaltungen dafür... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Griechenland :

#### Mariano Rajoy unterstützt griechischen Premierminister Antonis Samaras



Am 14. Januar hat der griechische Premierminister Antonis Samaras seinen Amtskollegen Mariano Rajoy in Athen empfangen. Die beiden Staatsmänner betonten die freundschaftlichen Bande der Kooperation, die ihre beiden Staaten miteinander verbinden. In ihren Gesprächen gingen sie vor allem auf die notwendige Fokussierung der Anstrengungen der EU auf die Bekämpfung von Terrorismus sowie auf wirtschaftliche Fragestellungen ein. Während des Treffens erklärte der griechische Premierminister, dass er seine europäischen Amtskollegen für Diskussionen über die griechischen Schulden gewinnen wolle. Mariano Rajoy bestärkte seinerseits die Unterstützung von Antonis Samaras, um in Zukunft gemeinsam mit ihm gegen die Probleme in seinem Land vorzugehen. Er rief die Griechen außerdem dazu auf, die Austeritätspolitik der eigenen Regierung zu stützen... [Fortsetzung](#)

#### Letzte Umfragen 7 Tage vor der Wahl



Die Griechen werden am 25. Januar 300 Mitglieder des Parlaments neu wählen. Eine Woche vor der Wahl liegt die radikal-linke SYRIZA an der Spitze, 2 bis 3 Prozentpunkte dahinter folgt die Partei Nea Dimokratia des scheidenden Premierministers Antonis Samaras. Wird SYRIZA eine Regierungsmehrheit im Parlament erhalten? Und was passiert, wenn dies nicht der Fall sein sollte?.. [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Italien :

#### Rücktritt des Präsidenten in Italien



Am 14. Januar ist der italienische Präsident Giorgio Napolitano zurückgetreten. Der Schritt war seit langem erwartet worden. Seit 2006 an der Macht war er der erste Präsident mit einer militanten kommunistischen Vergangenheit. Der Präsident des italienischen Rats, Matteo Renzi, zollte ihm in einer Rede vor den europäischen Parlamentsmitgliedern großen Respekt und sagte: "Ich möchte, dass wir alle dem engagierten Europäer Giorgio Napolitano danken, der in den nächsten Stunden sein Amt niederlegen wird, nachdem er Italien mit Intelligenz und Weisheit gelenkt hat". "Senatspräsident Pietro Grasso wird bis zur Vereidigung eines Nachfolgers verfassungsgemäß sein Amt übernehmen. Die Abgeordneten und der Senat werden am 29. Januar zu einer gemeinsamen Sitzung mit den regionalen Delegierten zusammengerufen, um den neuen Präsidenten der Republik zu wählen.".. [Fortsetzung](#)

### Luxemburg :

#### Eröffnung des Verfahrens zu steuerrechtlichen Praktiken von Amazon in Luxemburg



Die Europäische Kommission hat am 16. Januar ihre vollständige Entscheidung zur Einleitung eines Verfahrens wegen des Verdachts auf Staatshilfe gegen die amerikanische Unternehmensgruppe Amazon in Luxemburg veröffentlicht. Der im Oktober 2014 getroffenen Entscheidung zufolge wirft die Kommission den luxemburgischen Behörden vor, der Amazon-Gruppe "Vorteile zu gewähren", indem sie begünstigende Steuerrechtskonstrukte bauen. Diese stellen ein sogenanntes "tax ruling" dar und müssen als eine illegale Staatshilfe und im Widerspruch zu den europäischen Verträgen interpretiert werden. Der steuerrechtliche Trick, der von multinationalen Konzernen genutzt worden sei, um die Gewinne und Kosten unter den unterschiedlichen Filialen in verschiedenen Ländern aufzuteilen, erlaube es einem Unternehmen im Vorfeld zu eruieren, wie seine steuerrechtliche Situation in einem Staat behandelt wird. Die Europäische Kommission hat bisher vier Verfahren gegen

solche Steuersysteme auf den Weg gebracht, die für sie unter dem Verdacht der Staatshilfe stehen: Zwei betreffen Luxemburg und Abkommen mit Amazon und der Automobilgruppe Fiat. Die beiden anderen betreffen Irland und Apple sowie die Niederlande und Starbucks. Die Behörden des Großherzogtums reagierten unverzüglich mit einer Mitteilung und erklärten: "Luxemburg ist zuversichtlich, dass der Vorwurf der Staatshilfe in dem Fall ohne Grundlage ist. Wir sind in der Lage die Kommission von der Rechtmäßigkeit der Entscheidung zu überzeugen und zu beweisen, dass kein selektiver Vorteil gewährt wurde.".. [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Großbritannien :

##### Treffen zwischen David Cameron und Barack Obama



David Cameron und Barack Obama sind am 16. Januar im Weißen Haus zusammengetroffen. Der britische Premierminister und der amerikanische Präsident nutzten den Staatsbesuch, um ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Verteidigung der Freiheit ihrer wirtschaftlichen Stellung zu betonen. Cyber-Sicherheit und Investitionen standen im Mittelpunkt der Gespräche. Beide Staatsmänner verabschiedeten Maßnahmen, um die wirtschaftliche Kooperation zwischen Großbritannien und den USA zu stärken. Darunter Subventionen für Kleinunternehmen, die Förderung eines Anstiegs des Mindestlohns, Bildungsausgaben, die Stärkung erneuerbarer Energien sowie die Reduzierung von CO2-Emissionen. In ihrem offenen Brief an die Times bekräftigten Barack Obama und David Cameron außerdem ihre gemeinsame Entschlossenheit, einen internationalen Frieden auf der Basis von Sicherheit und Gerechtigkeit zu begründen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

#### Ukraine :

##### Ukrainisches Parlament stimmt für dreistufige Mobilmachung im Jahr 2015



Das ukrainische Parlament hat am 15. Januar ein Gesetz verabschiedet, das drei Stufen einer "teilweisen Mobilmachung" der Reservisten im Jahr 2015 vorsieht. Nach Aussage des Plenums wolle man somit auf den Konflikt mit den pro-russischen Rebellen im Osten des Landes reagieren. Dem Gesetzestext zufolge, der auf einer am Vortag gezeichneten Entscheidung des Präsidenten basiert, beginnt die erste Stufe am 20. Januar und umfasst die Mobilmachung von 50.000 Personen. Die weiteren Phasen sind für April und Juni geplant. Das Entscheidungspapier von Präsident Petro Poroschenko erklärt den Schritt durch die Notwendigkeit "einer angemessenen Reaktion auf die von aggressiven russischen Aktivitäten verursachten Bedrohungen". Diese zielten gegen die "Nationale Sicherheit", die "Unabhängigkeit" sowie die "territoriale Integrität" der Ukraine... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

##### Wiktor Janukowytsch und weitere frühere ukrainische Staatschefs von Interpol gesucht



Am 12. Januar hat Interpol auf Anfrage der ukrainischen Behörden einen Bericht über die Veruntreuung von Geldern durch die 4 letzten ukrainischen Staatschefs, darunter Wiktor Janukowytsch, in Auftrag gegeben. Interpol befasst sich nun mit der Auffindung und Identifikation der gesuchten Personen, um ihre Festnahme/Auslieferung und Aburteilung vor nationalen Behörden sicherzustellen... [Fortsetzung](#)

#### Schweiz :

##### Börsencrash nach unerwarteter geldpolitischer Maßnahme in der Schweiz



Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat am 15. Januar die Kopplung des Schweizer Frankens an den Euro aufgegeben. Die Maßnahme war zuvor für drei Jahre das wichtigste Instrument ihrer monetären Politik gewesen. Sie senkte ihre Zinsrate außerdem auf -0,75%. Die schweizerische Währung erreichte 0,8517 Schweizer Franken für einen Euro – ein historischer Wert im Vergleich zur europäischen Gemeinschaftswährung, der erstmals an der Marke von 1,2 Franken für einen Euro seit der Schaffung des Euro 1999 kratzt. Als Reaktion fielen die Werte an der Schweizer Börse um 10%, im Anschluss nahmen die Verluste weiter zu. Der UBS zufolge könnte die Entscheidung schwere negative Effekte auf die schweizerische Wirtschaft haben. Die Experten der Bank schätzten die Einbußen in Exporten auf 5 Milliarden Euro. Der direkte Effekt auf das BIP belaufe sich auf -0,7%, die Konsumpreise in der Schweiz könnten auf 0,9% zurückgehen... [Fortsetzung](#)

#### Europarat :

Europarat veröffentlicht Bericht über Folter in der Türkei



Am 15. Januar hat das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) des Europarats einen Bericht im Anschluss an seinen Besuch in der Türkei veröffentlicht. Während des Besuchs hat das CPT die Haftbedingungen von Personen überprüft, die von der Polizei festgenommen wurden. Außerdem untersuchte es die Umsetzung der Praktiken zur Gewährleistung fundamentaler Garantien gegen schlechte Behandlung (wie bspw. den Zugang zu einem Anwalt). Besondere Aufmerksamkeit galt auch den Gefangenen, die im Zusammenhang mit öffentlichen Demonstrationen standen. Sie waren zum Zeitpunkt des Besuchs über Regionen im ganzen Land verstreut (die sogenannten "Proteste des Gezi-Park")... [Fortsetzung](#)

## NATO :

### Deutsche Kanzlerin trifft NATO-Generalsekretär



Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am 14. Januar den NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Berlin empfangen. Dieser dankte Deutschland für seine Führungsstärke und betonte in seiner Rede: "Obwohl Deutschland eine führende Rolle in vielen Sektoren Europas einnimmt, wünschen wir uns auch mehr Leadership im Bereich der Verteidigungsausgaben". Unter Bezugnahme auf Europa fügte er außerdem hinzu: "Wir müssen in unsere Verteidigung investieren, um unsere Verbündeten schützen und Sicherheit sowie Stabilität gewährleisten zu können". Es war der erste Besuch von Stoltenberg in Berlin seit seinem Amtsantritt im Herbst letzten Jahres... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

## Eurostat :

### Inflation in der Eurozone auf niedrigstem Niveau seit 2009



Für die Eurozone ist im Dezember 2014 eine sinkende jährliche Inflationsrate von -0,2% gegenüber 0,3% im November festgestellt worden. Damit handelt es sich um die niedrigste Inflationsrate seit September 2009. Im Dezember 2013 belief sich die jährliche Inflationsrate der Eurozone noch auf 0,8%. Die jährliche Inflationsrate in der EU war im Dezember 2014 ebenfalls im Sinken begriffen und betrug -0,1% gegenüber noch 0,3% im November. Ein Jahr zuvor lag die Rate bei 1%. Im Dezember 2013 sind in 16 Mitgliedstaaten negative Inflationsraten festgestellt worden. Die angegebenen Zahlen sind am 16. Januar 2015 von Eurostat veröffentlicht worden... [Fortsetzung](#)

### Internationales Handelssaldo Europas noch immer sehr positiv



Der internationale Warenhandel der Eurozone und der EU hat am Ende des Jahres 2014 noch immer einen Überschuss aufgewiesen. Einer am 15. Januar 2015 herausgegeben Mitteilung von Eurostat zufolge wurde in der Eurozone ein Überschuss von 20 Mrd Euro ermittelt (+16,5 Mrd im November). Die EU konnte einen Überschuss von 10,1 Mrd Euro erwirtschaften – das ist viermal mehr als im November 2013. Darüber hinaus sind die Importe nach Europa im Vergleich zum Oktober um 1,1% gefallen, die Exporte stiegen um 0,9%. Die ausgeprägtesten Anstiege wurden für Exporte nach China (+11%), Südkorea (+10%) und die USA (+6%) festgestellt. Im Abschwung begriffen sind hingegen die Warenhandelsvolumen mit der Schweiz (Exporte -20%), Russland (Exporte -12%) und Brasilien (-5% Importe)... [Fortsetzung](#)

## Eurobarometer :

### EU-Bürger sind für Thema Entwicklungspolitik sensibler geworden



Anlässlich des Beginns des Europäischen Jahres für Entwicklung hat Neven Mimica, die EU-Kommissarin für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, am 12. Januar eine Spezialausgabe des Eurobarometers vorgestellt. Den Ergebnissen der Umfrage zufolge ist die Anzahl der Personen, die einen Anstieg der Ausgaben für Entwicklungshilfe wünschen, stark angestiegen. Die EU-Bürger sind gegenüber Entwicklung und Kooperation sehr positiv eingestellt. So wünschen sich 67% der Bürgern einen Anstieg der Hilfen (trotz der schlechten Konjunktur ein höherer Prozentsatz als in den letzten Jahren) und 85% halten es für wichtig, der Bevölkerung in Entwicklungsländern zu helfen. Schließlich stellt der Freiwilligendienst für die Europäer (75%) das effizienteste Mittel dar, um gegen die Armut in Entwicklungsländern vorzugehen... [Fortsetzung](#)

## Berichte/Studien :

### Jahresbericht über Entwicklung von Arbeit und sozialer Situation in Europa



Der am 15. Januar veröffentlichte Bericht über die Entwicklung von Arbeit und sozialer Situation in Europa 2014 zeigt folgenden Zusammenhang: Die Staaten, die der Wirtschaftskrise am besten trotzen konnten, waren diejenigen, die hochqualifizierte Arbeit, effiziente soziale Sicherungssysteme und Investitionen gefördert haben. Der Bericht weist außerdem darauf hin, dass Investitionen in Bildung und Weiterbildung der Arbeitnehmer die Effekte der Rezession im Hinblick auf Arbeit und Einkommen senken. Marianne Thyssen, die Kommissarin für Arbeit, Soziales und Mobilität erklärte, dass strukturelle Reformen genauso "notwendig" seien wie "Maßnahmen zur Stützung von Konsum und Nachfrage". In diesem Sinne befürwortete sie auch den Investitionsplan Junckers. Der Bericht fordert schließlich auch dazu auf erneut die Konvergenz zwischen den europäischen Staaten zu etablieren. In den letzten Jahren seien große Ungleichheiten hinsichtlich der Faktoren Produktivität, Ausgaben und Sozialer Sicherung entstanden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

### Die zu TTIP befragten Bürger bringen ihre Skepsis zum Ausdruck



Die europäische Kommission hat am 13. Januar einen Bericht über eine Befragung zum Schutz der Investitionen in den wirtschaftspolitischen Verhandlungen mit den USA (TTIP) veröffentlicht. In den über 150 000 online eingegangenen Antworten kam "eine enorme Skepsis hinsichtlich des Instruments ISDS (Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren)" zum Ausdruck, erklärte Cecilia Malmström. Die Europäer wollen ihre eigenen Reglementierungsrechte schützen und sind vor allem wegen der juristischen Funktionsweise der Schiedsgerichte, ihrer Beziehung zu nationalen Gerichten und der Umsetzung eines Einspruchsmechanismus besorgt. Die europäische Handelskommissarin versuchte zu beruhigen und sagte: "die transatlantische Partnerschaft [...] wird ein Abkommen werden, das den Europäern nutzt – zum Vorteil von Wachstum und Arbeit hier in Europa.".. [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

## Kultur :

### Mozartwoche in Salzburg



Vom 22. Januar bis 1. Februar 2015 veranstaltet die Internationale Stiftung Mozarteum die "Mozart-Woche" in Salzburg, der Geburtsstadt des berühmten österreichischen Komponisten. Zu diesem Anlass werden Mozart-Interpreten von Weltrang wie Nicolaus Harnoncourt, András Schiff oder Marc Minkowski gemeinsam mit Orchestern wie den Wiener Philharmonikern oder dem Orchester des Mozarteums von Salzburg auftreten. Sie spielen Opern, Werke für Orchester sowie Kammer- und Solistenstücke. Der Höhepunkt der Mozartwoche 2015 wird die große c-Moll Messe "Der Reuige David" darstellen – ein Werk, dessen Bühnenumsetzung dem "Reiterchoreographen" Bartabas und seinem Team der Reiterakademie von Versailles anvertraut wird... [Fortsetzung](#)

### 60. Messe für Kunst und Antiquitäten in Brüssel



Die 60. BRAFA, eine der prestigeträchtigsten Messen für Kunst und Antiquitäten in Europa, findet vom 24. Januar bis 1. Februar 2015 in Brüssel statt. BRAFA versteht sich als Forum unterschiedlicher Stilrichtungen und bietet den Käufern eine große Bandbreite an Werken: Asiatische, orientalische, afrikanische und ozeanische Kunst finden Sie hier genauso wie Juwelierwaren, Mobiliar, Porzellan, Teppiche und malerische Werke – seien sie nun modern oder antik... Darüber hinaus sind zahlreiche Konferenzen im Rahmen der BRAFA Art Talks geplant, darunter "Art Déco auf Kreuzfahrtschiffen, eine besondere Überfahrt" von Brigitte Sabyle am 24. Januar und "Geschichte des Erwerbs afrikanischer Sammlungen durch das Musée du quai Branly" von Hélène Joubert am 25. Januar. Schließlich wird das Königliche Museum für Zentral-Afrika dieses Jahr Ehrengast auf der BRAFA sein und einige seiner "einzigartigen Sammlungen" ausstellen... [Fortsetzung](#)

### Wiedereröffnung des Nationalmuseums Gustave Moreau



Am 22. Januar wird das Musée Gustave Moreau in Paris einige renovierte Räume wiedereröffnen. Darunter die seit 2002 geschlossenen Säle im Erdgeschoss, die dem Besucher nun erneut 80m<sup>2</sup> an Ausstellungsfläche und mehr als 400 Gemälde offenbaren. Die Werke beinhalten hunderte Zeichnungen, deren Kopien in Italien zwischen 1857 und 1859 angefertigt worden sind, sowie eine einzigartige Aquarellsammlung Gustave Moreaus. Die Besucher haben außerdem wieder die Gelegenheit neben der Vielzahl der

ausgestellten Werke auch den Ausblick auf den für den Stil des Nouvelle Athènes so typischen Garten von Gustav Moreau zu genießen... [Fortsetzung](#)

#### Mons und Pilsen europäische Kulturhauptstädte 2015



Am 17. Januar hat die tschechische Stadt Pilsen ihre Feierlichkeiten als europäische Kulturhauptstadt 2015 eröffnet. Am 24. Januar wird es ihr die belgische Stadt Mons gleichtun. Beide Städte bieten aus gegebenem Anlass zahlreiche Freizeitangebote – ein Programm der Feiern und Events findet sich auf ihren Webseiten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

#### Agenda :



19. Januar  
Brüssel  
Rat für Auswärtige Angelegenheiten



19. bis 22. Januar  
Brüssel  
Europäisches Parlament, Woche der parlamentarischen Ausschüsse



22. Januar  
Frankfurt  
Gouverneursrat der Europäischen Zentralbank



25. Januar  
Parlamentswahlen in Griechenland



26. Januar  
Brüssel  
Rat "Landwirtschaft und Fischerei"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

#### Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly ; Guillaume Anglars, Flora Dumont,  
Helen Levy, Marguerite Richelme, Noémie Rossi

**Chefredakteur : Charles de Marcilly**  
**Publikationschef : Pascale Joannin**

Kontakt / Anmerkungen  
[info@robert-schuman.eu](mailto:info@robert-schuman.eu)

**Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese

zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident :  
Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)